

Nr. 143



**15 Jahre Aggression der USA und der NATO gegen
Jugoslawien**

Konferenz in Belgrad, 22.-23. März 2014

Jus bellum ist kein Menschenrecht

von Prof. Dr. Wolfgang Richter

NOT TO FORGET!

„NATO = Westeuropäische Union = EU“

von Elmar Schmaehling

**Erklärung der Internationalen Konferenz
“Globaler Frieden versus Globaler Interventionalismus und
Imperialismus“**

Not to forget!

15 Jahre Aggression der USA und der NATO gegen Jugoslawien Eine Konferenz in Belgrad, 22.-23. März 2014

Die GBM und das Europäische Friedensforum wurden von dem Belgradforum, das vom letzten Außenminister der Ära Milosevic, Zivadin Jovanovic, vertreten und repräsentiert wird, zu dem Gedenken an den Krieg, der die längste Friedensperiode Europas beendete, nach Belgrad eingeladen. Eine zweitägige internationale Konferenz des Belgradforums unter dem Thema: „Globaler Frieden gegen globalen Interventionismus und Imperialismus“ wurde von inhaltsreichen Beiträgen getragen. Sie wurden von vielen Teilnehmern gehalten, die auch in der Geschichte der GBM, des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und des europäischen Friedensforums einen guten Namen haben. Einige unserer Menschenrechtspreisträger sind darunter, der bulgarische Professor und einstige sozialistische Präsidentschaftskandidat Velko Valkanov sowie der kanadische Prof. Michel Chossudovsky mit seinem Welterfolgsbuch, „Global brutal“.

Die GBM war von Anfang an dabei und kann als einer der wichtigen Initiatoren der Anti-NATO-Veranstaltungen gegen den Jugoslawienkrieg gelten. Dieses Mal wurden vom GBM-Bundesvorstand der ehem. Admiral und Chef des MAD der Bundesrepublik, Elmar Schmaehling, sowie Prof. Wolfgang Richter entsandt, die auch auf der Konferenz auftraten. Gabriele Senft, die sich von Beginn an für die Solidarität engagierte, war auch wieder als Fotografin und Dokumentaristin dabei. Eine bewegende Veranstaltung des Gedenkens an die im Krieg getöteten jugoslawischen Kinder erinnerte an die Unmenschlichkeit der Kriegführung. „Wir waren erst Kinder“ steht auf einem Denkmal.

Die Teilnahme an zahlreichen Tribunalveranstaltungen, darunter des Europäischen Friedensforums in Berlin, das ein Urteil sprach und des Amerikanischen Tribunals in New York, das eine politisch sehr wirksame Gruppe um den ehemaligen Kriegsminister, Ramsey Clarke, veranstaltete – ebenfalls mit einem Urteil.

Eine Aktivität der GBM, als deutsche Sektion des europäischen Friedensforums, wurde uns gegenüber dankbar als sehr verdienstvoll erwähnt: der Korrespondenzpunkt, der wichtige Materialien der Friedensbewegung verbreitet.

Jus bellum ist kein Menschenrecht

(Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Wolfgang Richter)

Die traditionelle alljährliche Münchner Sicherheitskonferenz stand im Februar 2014 unter dem Motto: „Durch Dialog zum Frieden“. Das war keine zutreffende Prognose, doch immerhin sollte diese Forderung bald eine wichtige Schlussfolgerung bestätigen, die sich schon vor und während dem Helsinkiprozess aufdrängte: „Der Dialog ist dann am nötigsten zu führen, wo er unmöglich erscheint.“ (Rolf Reißig)

Diese Münchner Sicherheitskonferenz selbst war immer auch eine Institution des Kalten Krieges. Ihre heutigen Lügen sollten sich wohl kaum von ihren früheren unterscheiden. Diese Konferenz findet und fand in einer Welt statt, in der sich von Jahr zu Jahr die Konflikte mehren. 414 hat das Heidelberger Institut für 2013 gezählt - alle innerstaatlich. Allein 45 davon wurden als in hohem Maße als gewaltsam eingestuft. Weltweit 20 sind nach allen Kriterien der professionellen Friedensforschung „Kriege“. Und **auch** ein atomarer Weltkrieg ist nach wie vor und entgegen den Illusionen von einer Beendigung des Kalten Krieges, als einer konfrontativen Nachkriegsordnung durch eine kooperative, keineswegs völlig auszuschließen.

In der Gesamtbilanz der Irritationen und Zerstörungen, die die Politik einer zivilisierten Friedensgestaltung in Europa erfuhr, wie sie mit und seit dem KSZE-Prozess bislang möglich erschien, hat bis heute der Frieden als „summum bonum“ und oberstes Menschenrecht keine Aufwertung oder Stabilisierung erfahren. Es kam auch zu keiner grundlegenden Denuklearisierung, zu keinem tiefen Einschnitt, geschweige endgültigen Abschied der NATO von ihrer Atomwaffenstrategie des Ersteinsatzes und der Massenvernichtung. Vielmehr wurde eine neue Drohkulisse errichtet.

Auf eine Frage an den ehemaligen Oberbefehlshaber der US-Atomstreitmacht, General Lee Butler, in einem „Spiegel“-Interview 1998: „**Fühlt sich Russland bedroht?**“, antwortete er: „Das wäre kein Wunder. Es gibt keinen Warschauer Pakt mehr, wir aber erweitern die NATO und versichern, das habe weiter nichts zu bedeuten. Und wir modernisieren unsere Atomwaffen. Wir verspielen die kostbare Gelegenheit, neue Regeln der internationalen Sicherheit zu entwickeln, in denen Nuklearwaffen keinen Platz mehr

haben." (Spiegel 32/1998)

In ein solches Szenario gehören auch die geheimen Kriege der USA in den letzten Jahren unter der Präsidentschaft des "Friedensnobelpreisträgers" Barack Obama. Schon während der Präsidentschaft von Bush waren Spezialoperationskräfte in 60 Nationen der Welt tätig. 2011 waren es bereits 120 und zurzeit sind US-Kräfte in 134 Ländern rund um den Globus tätig. Sie haben eine Personalstärke von 72.000. (Quelle: Nick Turse, 16.1.2014)

Das alles sind keine Parameter einer globalen Dialogkultur sondern Kennzeichen einer akuten Krise eines friedlichen Umganges der Staaten miteinander und einer Eskalation von Gewalkulturen im Innern. Vergleiche mit neofaschistischen Umtrieben, rechtsextremen Programmen und nationalistischen Organisationen, die zu Gewalteskalationen neigen, drängen sich auf und sind nicht weit hergeholt.

Natürlich wissen wir: Wie viele Kriege und Spannungsherde wir immer auch aufzählen mögen, sie stehen jeder für sich und alle zusammen in ihrer Schrecklichkeit noch weit unter den Gräueln der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

Und es wird den ernstesten und wachsenden Gefahren bei weitem nicht gerecht, **wenn diese Münchner Sicherheitskonferenz** apodiktisch und durch Nebelgranaten „Responsibility for Protect“ Interventionen verschleiert – gleichzeitig den Dialog sozusagen wie eine Friedenspeitsche schwingt und dabei gleichsam die positiv registrierten sinkenden Zahlen von Armeeingehörigen durch immer effektivere Hochtechnologie-waffen ausgleicht.

Was soll Dialog bewirken und wer soll ihn führen? Dialog ist substantiell etwas Gewichtigeres als miteinander diplomatisch korrekt umzugehen. Dialog kommt aus dem Altgriechischen. „Dialegestein“ und heißt wesentlich einen Weg finden. Einen friedlichen Weg meinen wir damit, der sich als emanzipatorische Potenz gewaltfreier Verständigung erweist. Niemand sollte in der Furcht vor einem anthropologischen „Primärstatus“ des Menschen verzweifeln, weil der Mensch nun einmal „so sei“. Er kehrt nicht alternativlos und zwanghaft zu einer „bloß animalischen

Ordnung" zurück, was Francis Fukuyama das Ende der Geschichte nannte. So etwas zu konstatieren, bedarf einer klareren Fragestellung. Denn es ist ein großer Unterschied, ob die vermeintlichen Dialogpartner auf dem Maidan Barrikaden bauen und sich eine Dialogpartei gar „UDAR“ nennt und mit Molotowcocktails hantiert, ob Dialogangebote gar Neofaschisten aufwerten, Sezessionen fordern und fördern oder ob „Dialog“ einen realen Entspannungsprozess anregt, begleitet und vertieft.

Zu Zeiten Gorbatschows rief man auch nach „ergebnisorientiertem Dialog“, aber er blieb - im Kontext stark differierender Interessen praktisch ergebnislos. Der Bau eines „gemeinsamen Hauses Europa“ blieb Illusion und stockte schon bei den Fundamenten. Der „Abriss“ der friedensstiftenden europäischen sozialistischen Staaten, die Missachtung ihrer Souveränität, wie wir sie auch immer bewerten mögen, und der Unilateralismus einer globalen US-Herrschaft waren den westlichen und speziell auch den deutschen Akteuren wichtiger als die Sicherung des Friedens in Europa und die Einhaltung des Völkerrechts. So war die Pax Americana durch ihr ideologisches Rückgrat, die „Pax Antikommunista“, auch nie eine mögliche Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit für den Weltfrieden.

Es gibt zum 15. Jahrestag des Überfalls von USA und NATO auf Serbien und Montenegro, gerade auch aus diesem Krieg viel für den Frieden und seine Erhaltung zu lernen. Betrachten wir den aktuellen Konflikt Russland, Ukraine und Krim und vergleichen wir ihn mit dem damaligen Konflikt um den Kosovo. Was damals von den Aggressorstaaten der NATO von Jugoslawien gefordert wurde: Anerkennung der Eigenstaatlichkeit und territorialen Abspaltung des Kosovo, ist das genaue Gegenteil dessen, was jetzt von den Russen verlangt wird. Keine territoriale Abspaltung der Krim. Beides im Namen der Menschenrechte. Das ist eine Doppelmoral.

Nichts ist destruktiver für die Forderung nach der Gewährung aller Menschenrechte für alle Menschen als doppelte Standards, als eine selektive Menschenrechtsgewährung. Das versteht sich in einem Belgrader Forum für eine Welt der Gleichen sozusagen von selbst.

Es ist auch absonderlich und dreist, wenn heute ein Land wie die

Bundesrepublik Deutschland, der eine Kommission des Europarats gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) mangelnde Bemühungen im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten vorwirft, sich zu einem der Wortführer für die Einhaltung der Menschenrechte durch Russland erklärt. In dem Bericht der Kommission, der erst am 24. Februar 2014 veröffentlicht wurde, stellte man fest, dass das Niveau von Gewalt aus rassistischer oder lesben- und schwulenfeindlicher Motivation in Deutschland weiterhin ‚hoch‘ sei. Auch im Alltag seien zahlreiche Diskriminierungen zu verzeichnen; „Die Wahrscheinlichkeit, eine Arbeitsstelle zu erhalten, sinke um rund ein Viertel, wenn man sich in einem kleineren oder mittleren Unternehmen unter einem türkischen Namen bewerbe. Dabei sei zu konstatieren, dass die Bundesregierung sich diversen Gegenmaßnahmen verweigere; so habe sie etwa das Diskriminierungsverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention bis zum heutigen Tag nicht unterzeichnet. Die Vorwürfe wiegen umso schwerer, als Berlin in wachsendem Maße die Diskriminierung von Minderheiten in anderen Staaten instrumentalisiert, um außenpolitischen Druck auf diese auszuüben. Die von der Europaratskommission (ECRI) neu belegten doppelten Standards entlarven einmal mehr den instrumentellen Charakter der deutschen Menschenrechtspolitik.

Hinzu kommt, dass Deutschland natürlich nicht ohne seine Geschichte existiert, nicht ohne Hitlers brutale Angriffs- und Vernichtungskriege. Die waren auch während des Krieges von USA und NATO 1999 allgegenwärtig. Und das war auch schon in der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte des 2. Weltkriegs gegen Jugoslawien gegenwärtig. Wie hartnäckig die Bundesrepublik solche Traditionen pflegte, das zeigten auch ihre Traditionsnamen von Kasernen. So wurde eine Kaserne in Mittenwald, eine von dreißig ähnlich tradierten Namens, die nach dem berüchtigten General Kübler benannt wurde - einst „Adriaschreck“ genannt - erst im November 1995 umbenannt. Bis zu diesem Zeitpunkt, also bis kurz vor dem Krieg gegen Jugoslawien, wurden auch hier Bundeswehrangehörige für den bevorstehenden NATO-Krieg ausgebildet.

Wir müssen uns auch vergegenwärtigen - und das ist keine bloße Illusion, dass wir nach einer komplizierten Periode der Entspannungspolitik und des KSZE-Prozesses schon einmal weiter von

schrecklichen und globalen Kriegen entfernt waren als heute. 1988 konnten die renommiertesten westdeutschen Friedensforschungsinstitute FEST, HSFK sowie das Hamburger Institut unter Egon Bahr, in einem erstmalig gemeinsam vorgelegten Friedensgutachten auch einen hoffnungsvollen Satz formulieren: Wir halten es für ein erreichbares Ziel, in überschaubarer Zeit durch Vereinbarungen zwischen Ost und West einen Zustand herzustellen, in dem der Ausbruch eines Krieges in Europa nicht mehr vorstellbar ist". (Friedensgutachten 1988, S.13) Es blieb ein Euphemismus. Denn nur zehn Jahre später mussten sich die gleichen Institute gemeinsam eingestehen: „Als die NATO im März 1999 Krieg (in Europa) führte, waren fast alle EU-Staaten daran beteiligt. Damit haben sie ihre Unschuld als ausschließliche ‚Zivilmacht‘ verloren.“ (Friedensgutachten 2000, S.5)

Warum konnte es bloß so weit kommen? Hatte man nicht bis zur „Wende“ einen ausführlichen Dialog geführt, der auch in einer breiten Weltöffentlichkeit ein zustimmendes Echo fand?

So war nach dem begonnenen KSZE-Prozess und „nach dem Rückfall in die Konfrontation zu Beginn der achtziger Jahre ... zwischen Washington und Moskau eine erstaunliche Dichte von Begegnungen, Verhandlungen und Absprachen“ entstanden. (Friedensgutachten, S.9) In ihrer Folge wurde zum ersten Mal in der Geschichte des nuklearen Rüstungswettlaufs durch einen Abrüstungsvertrag eine ganze Kategorie modernster, strategisch bedeutsamer Nuklearwaffen beseitigt." (Ebd. S.9)

In Gesprächen der Verteidigungsminister und Generalstabschefs der Blöcke wurden die gegeneinander gerichteten Militärdoktrinen von Ost und West, Warschauer Vertrag und NATO erörtert. Gorbatschow knüpfte 1986 mit dem „Neuen Denken im Nuklearzeitalter“ an die Denkfigur der „gemeinsamen Gefährdung“ und der „gemeinsamen Sicherheit“ an. Das Erfolgskonzept der friedlichen Koexistenz schien einen immer realistischeren Platz in der Auseinandersetzung der Systeme einzunehmen. Das war umso beachtenswerter als immer offensichtlicher die Notwendigkeit des Sieges des Sozialismus nicht mit seiner Gesetzmäßigkeit zusammenfiel.

Aus deutscher Sicht waren die achtziger Jahre auch durch die Debatte zwischen SED und SPD gekennzeichnet. Die Annähe-

rung der beiden Parteien, die durch ihre Akademie für Gesellschaftswissenschaften und ihre Grundwertekommission repräsentiert wurden und sich von 1983 über 1987, wo das Papier: „Der Streit der Ideologien und die Gemeinsame Sicherheit“ vorgelegt und beschlossen wurde, zur Debatte trafen.

Die SPD legte in ihrer Grundwertekommission den größten Wert auf den Abschnitt über die Entfeindung der Auseinandersetzung zwischen Ost und West und deren Friedens- und Reformfähigkeit.

Das bedeutsame Dialog-Experiment, das sich von 1984 bis 1988 in den Beziehungen zwischen SED und SPD realisierte, war der Versuch, auszuloten, was die Gespräche zwischen beiden Parteien, nachdem man sich auf die Priorität der Friedenssicherung verständigt hatte, für die Praxis der friedlichen Koexistenz, für den Streit der gesellschaftlichen Systeme und Ideologien tatsächlich bedeuten würde.

Das betrifft insbesondere, den von den Teilnehmern in ihren Debatten oft hervorgehobenen oder eingeräumten „historischen Charakter“ (Eppler zitiert bei R. Reissig: Dialog durch die Mauer, 5.66) Den hatte auch Erich Honecker hervorgehoben. Er betraf die Möglichkeit der Friedenssicherung.

Die Frage, die damit letztlich verbunden ist betrifft die tatsächliche Sicherung des Friedens. Niemand hätte sich damit zufriedengegeben, wenn allein schon der Niedergang der Sozialistischen Staatengemeinschaft als „bedeutungsvolles historisches Ereignis“ den geschichtlichen Rang des Dialogs hätte abdecken sollen.

Es war kein bloßer Dialog zwischen SED und SPD, in dem – wenn schon – auch nicht nur Wissenschaftler der Akademie für Gesellschaftswissenschaften " beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD den Hut auf hatten. Durch die Einbeziehung der Parteivorsitzenden Willy Brandt und Erich Honecker erweiterte sich der Rahmen dieses Dialogs nach dem erneuten Sieg von CDU/CSU und FDP bei der Bundestagswahl auch um die Regierungsparteien. Auch Kohl sprach sich noch 1987 für „einen politischen Dialog“ und eine Politik der Kooperation gegenüber der DDR aus. (R. Reissig, a. a. O. S. 109)

Ein solcher Dialog der bekannten Partner verstand sich gewissermaßen als stellvertretend für den Systemgegensatz geführt. Bei dem Besuch Erich Honeckers 1987 in der BRD stimmten noch alle - von den Politikern bis zu den Medien - irgendwie auch erleichtert - in den Satz von Erich Honecker ein: Der Sozialismus und der Kapitalismus seien wie Feuer und Wasser. Er kam zu Annäherungen, die nicht folgenlos bleiben sollten. Er stellte die Postulate jeder Seite zugleich als politische wie moralische Anforderungen hin. Gewissermaßen als vereinbart und von den Parteiführungen getragen, gab es Ergebnisse, gewiss auch manche Erkenntnisse.

Der Frieden hatte in den gemeinsamen Trinksprüchen und Erklärungen absolute Priorität! Von Deutschland solle nie wieder ein Krieg ausgehen. Jedoch kaum waren die Bundestagswahlen 1998 vorbei und die SPD hatte den Kanzler gestellt, gab Gerhard Schröder seine Zustimmung zu dem Krieg der USA und der NATO gegen Jugoslawien. Schröder, Scharping und Fischer, haben das getan, was die CDU sich bis dato nicht erlaubt (oder getraut) hatte.

Gegen Jugoslawien wurden im vergangenen Jahrhundert drei Mal Kriege geführt. Die Deutschen waren immer dabei! Das Kaiserreich, das Hitlerreich, das Nato-Reich. Und was Letzteres betrifft, so war der Leitspruch, mit dem die Bundesrepublik ihren Kriegsanteil motivierte, weder von Scharping noch von Fischer, er war von Hitler, der bei den Pangermanisten gelernt hatte: „Menschenrecht bricht Staatsrecht“. Ein „geflügeltes Wort“ - aus Hitlers „Mein Kampf“, das nicht nur zum geflügelten Wort von Neonazis taugt, sondern auch der rechtskonservativen NATO-Militärdoktrin.

Die Friedensbewegung reagierte 1999 weltweit. Ich nahm selbst an 7 internationalen Tribunalen bzw. entsprechenden Meetings bzw. Konferenzen über diesen Krieg teil. Es blieb - wenn auch nicht voll arbeitsfähig so doch existent ein epf (Europäisches Friedensforum), dem zeitweilig Vertreter aus 17 Staaten angehörten. Es gibt aus dieser Zeit noch weitere Vernetzungen der Friedenskräfte.

Die Niederlage des Sozialismus hatte Kriege wieder ermöglicht. Als die deutsche Präsidentenwahl kurz nach dem NATO-Krieg

Mitte 1999 stattfand, standen Vertreter der Friedensbewegung vor dem Reichstag mit einem 30 Meter breiten Transparent, von Kränen über die berühmte Berliner Allee „Unter den Linden“ (Pod lipami) gespannt. „Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?“

Und auf dem Gendarmenmarkt lag vor 50.000 Teilnehmern ein Transparent auf der breiten Treppe zum Konzerthaus:

„Gäbe es die DDR noch, gäbe es keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien.“

Wer den Streit der beiden Parteien SED und SPD analysiert, der in den achtziger Jahren geführt wurde, der weiß noch um die Brisanz der Feststellung, dass der Imperialismus friedensfähig sei. Das kann es nicht gewesen sein, was wir von ihm noch nicht wussten. Denn er war und ist zu noch viel mehr fähig. Nämlich: Zu Kriegen. Aus dem Blickwinkel eines Philosophen hatte ich das Gefühl, es fehle in dem Dialog-Papier die Sicht auf das Wesen des Imperialismus. Wenn, wie Lenin schrieb, der Imperialismus Perversion ist, und dem die Delegationen der SED wie der SPD einmütig zustimmten, dann ist auch die Frage erlaubt, ob diese Perversion des Kapitalismus nicht das Wesen des Imperialismus selbst ist.

Es ist interessant, dass dem Ende des europäischen sozialistischen Lagers verschiedenste Dialoge vorausgingen, die Hoffnungen weckten, der Vernunft einen dominanten Platz in den Beziehungen der beiden Weltsysteme einzuräumen. „Die Vernunft siegt dennoch in der Weltgeschichte“. (Karl Marx, »Zu den Ereignissen in Nordamerika« MEW 15 S. 552).

War Marx sich da wirklich sicher? Und was haben wir ein vier-tel Jahrhundert nach dem Zerfall des europäischen Sozialismus zu den neueren Entwicklungen auf dem Kontinent zu sagen? Mir fällt dazu ein Satz von G. W. F. Hegel ein. Er bleibt - auch kontrovers zu „den Haag“ - gültig: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.“ Es gab nach der Wende und dem Anschluss der DDR an die BRD oft die resignierte Frage, wie sie Günter Gaus umtrieb: „Und zu den Dingen, die mich bedrücken, gehört die Befriedigung, die die Mehrheit der Menschen darüber empfindet, dass ein so nobler Versuch an der Unfähigkeit der Menschen, anders zu sein als der alte Adam und die alte Eva, ge-

scheitert ist. Der Jubel über die eigene Unzulänglichkeit, die der innerste - unbewusste - Kern der Zufriedenheit der Mehrheit darüber ist, dass dieses nicht geworden ist, ist beklemmend." (G. Gaus, Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/90. S.543)

Wir wurden konfrontiert mit beiderseitigen Illusionen und gutem wie schlechtem Willen. Als Mitte 1990 ein bedeutsames Treffen zwischen dem Kommandeur der Führungsakademie, General van Scheven mit dem Chef der Militärakademie der DDR stattfand, begrüßte van Scheven die Vertreter der DDR mit den Worten: „Wir gehen auch bei Ihnen von einer Berufswahl aus, bei der Dienst am Frieden in einem Deutschland, von dem nie mehr Krieg ausgehen darf, ein leitendes Motiv war und bleibt. Das zumindest könnte uns alle verbinden.“ Die Wirklichkeit verlief gänzlich anders, und es wäre nach zwanzig Jahren wohl an der Zeit, Bilanz zu ziehen über die damals erklärte Absage Deutschlands an Krieg und darüber, ob heute noch der Dienst am Frieden ein leitendes Motiv für die Berufswahl deutscher Soldaten ist. (69 Militärakademie)

Wir sahen und sehen, dass selbst am Höhepunkt des „Kalten Krieges“ keine verantwortungsbewusste Debatte in den USA geführt wurde, ja nicht einmal ein offizielles Gremium existierte, das sich mit der moralischen Vertretbarkeit bzw. Unvertretbarkeit der Atomwaffen befasste. Der zitierte General Butler antwortete auf eine entsprechende Frage nach einer solchen Existenz: "Nicht, dass ich wüsste. Wir haben die Nuklearwaffen zu einer Art Ikone erklärt und uns auf den Standpunkt gestellt: Wenn diese Waffen den Krieg verhindern, müssen sie moralisch vertretbar sein. Eine sehr perverse Form von Logik, welche die Konsequenzen eines nuklearen Krieges ignoriert." (Butler, a.a.O.)

Das ist noch heute so. Es ist eine der wichtigsten Schlussfolgerungen, angesichts der der aktuellen Konferenz des Beoforums zugrundeliegenden und ihr Dokument und seine Ziele fortgesetzt begleitenden Konsequenzen, dass die auch weiterhin absehbaren Spannungen und Erwägungen militärischer Auseinandersetzungen mit einem wichtigen und qualitativ erheblichen Schritt im Abrüstungsdialog - insbesondere auch der nuk-

learen Waffen - verbunden werden. Ein Potential von weltweit 15.008 nuklearen Sprengköpfen - angesichts von aktuellen Spannungen von Atommächten, darunter USA und Russland - erfordert auch eine weit wirksamere Einflussnahme der Friedensbewegung und eine energische moralische Verurteilung eines fortdauernden Spiels mit dem nuklearen Feuer.

NOT TO FORGET

Beitrag von Elmar Schmaehling, ehemaliger Flottillenadmiral der Bundeswehr zum Thema:

„NATO = Westeuropäische Union = EU“

Die NATO-Staaten haben nichts dazu gelernt, die Europäische Union hat sich militarisiert“

15 Jahre nach der verbrecherischen NATO-Aggression gegen das ehemalige Jugoslawien werfen ausgerechnet die dafür verantwortlichen Politiker Putin vor, dass dieser mit der Annexion der Krim gegen das Völkerrecht verstoße.

Das kommt mir wie absurdes Theater vor. Das Stück könnte lauten: „Wettbewerb der Heuchelei“ oder „Der betrogene Betrüger“.

Was ging hinter den Kulissen vor sich?

Die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation war seinerzeit ein starkes Signal, auch die NATO aufzulösen. Aber das passierte nicht. Es wurde im Gegenteil die NATO zu einem aggressiven militärischen Instrument umgewandelt, um die Zugangswege zu den weltweiten Rohstoffquellen abzusichern und den sogenannten internationalen Terrorismus zu bekämpfen, der nach der Terminologie der Vereinigten Staaten nichts anderes bedeutet, als Individuen, die sich nicht dem Willen der Amerikaner unterwerfen, zu eliminieren, militärische Konflikte zu beenden, mit dem Ziel der Absicherung der wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten.

Was die Welt jetzt in und um die Ukraine erlebt, erinnert stark an Goethe: „Das ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortwährend Böses muss gebären.“

Die „böse Tat“ wurde von der westlichen Verteidigungsallianz begangen, als sie nach Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation und dem Wegfall jeglicher denkbarer militärischer Bedrohung

sich neue Aufgaben gesucht hat, die mit legitimer kollektiver Verteidigung im Falle einer militärischen Bedrohung nichts mehr zu tun hat.

Um die NATO überleben zu lassen, musste rasch ein neuer „Feind“ her. Der wurde von Präsident Bush sen. gefunden und hieß „Uncertainty“, also Unsicherheit. Fürwahr ein idealer Passepartout für ungehemmtes Weiterrüsten. Schnell wurde der NATO-Auftrag als kollektives Verteidigungsbündnis aufgegeben und ersetzt durch die „Verteidigung“ der wirtschafts-strategischen Interessen und der USA und ihres „Way of Life“. Natürlich ist diese neue NATO durch Art. 52 der Charta d. Vereinten Nationen nicht legitimiert.

Entgegen den Bedingungen des 2 + 4 Vertrags, dass eine Osterweiterung der NATO ausgeschlossen wird, hat die NATO mit dem scheinheilig heuchlerischen Argument, dass man beitrittswilligen Staaten die Aufnahme nicht verwehren können, Tschechen, Polen und die baltischen Staaten in die NATO aufgenommen. Dadurch ist die NATO aus der Sicht Moskaus bedrohlich nahe an die Grenzen Russlands herangerückt. Diese provokante Politik der NATO-Staaten wurde zusätzlich mit der Absicht, ein Luftverteidigungssystem in den östlichen NATO-Staaten aufzubauen, noch verstärkt.

Die europäische Union, zunächst als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet, hatte erst einmal keine militärischen Ambitionen. Die Europäer fühlten sich aber zunehmend unwohl, von den USA über den NATO-Hebel in deren strategische Abenteuer hineingezogen zu werden. Man besann sich in Europa auf die WEU (Westeuropäische Union) und erklärte diese schlicht zum militärischen Arm der EU. Der „Sündenfall“ der EU war schließlich, dass mit dem Maastrichter Vertrag dieselben egoistischen wirtschaftlichen und machtpolitischen Ziele formuliert wurden, wie von der neuen NATO. Zunehmend wurde eine Harmonisierung von NATO, WEU und EU angestrebt.

Die Allergie Russlands gegen das Heranrücken der NATO ist schließlich aufgrund der Verflechtung auch auf die EU übertragen worden, die bezüglich ihrer militärischen Ambitionen inzwischen mit NATO und WEU gleichgesetzt werden kann. So ist die emotionale Reaktion Russlands auf die Einbeziehung der Ukraine in den „Machtbereich“ der EU nur all zu verständlich. **Das ganze Vorgehen ist ein Beispiel an Heuchelei. Der Westen sieht nur seine ei-**

genen Machtinteressen als legitim an. Russland wird in seinem legitimen Streben nach Weltgeltung und internationaler Anerkennung nicht auf Augenhöhe behandelt.

Welchen Ausweg könnte es aus dieser verfahrenen Situation, die ein gutes Stück der tölpelhaften Politik der USA und EU zuzuschreiben ist und alte Steinzeitreflexe des Knüppelschwingens wiedererweckt hat, geben?

1. Nachholung der gebotenen Auflösung der NATO als Militärbündnis
2. Aufgabe der militärischen Funktion der Europäischen Union
3. Keine neue Abschottung im Sinne neuer Lagerbildung Ost-West. Stattdessen Transparenz und Offenheit zwischen allen Staaten
4. Aufbau einer neutralen „VN-Sicherheitsfeuerwehr“ zur Durchsetzung des Artikels 2 der Ziele der Vereinten Nationen, und insbesondere, wenn Kap. VII VN-Charta betroffen ist.
5. Das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ von Willi Brand und Olof Palme, wonach kein Staat und keine Staaten-Organisation militärische Maßnahmen ergreift, die aus der Sicht eines anderen als bedrohlich empfunden werden können, muss wiederbelebt werden.
6. Vermeidung geschlossener Bündnisse (wir gegen die), die stets zu „Gegenbündnissen“ führen.

Nachtrag: Die Untauglichkeit militärischer Mittel zur Konfliktverhinderung oder gar -beendigung wurde in Syrien und in der Ukraine erneut eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Das Ausweichen auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen als „Waffe“ ist so selbstabschreckend wie die frühere Nukleardoktrin der NATO. Einfach erbärmlich diese Hilf- und Phantasielosigkeit unserer Politiker.

Internationale Konferenz “Globaler Frieden versus Globaler Interventionalismus und Imperialismus”

Belgrad, 22-23. März 2014

Erklärung

Das Belgrad Forum für eine Welt der Gleichen, des Serbischen Gastgebervers, des Klubs der Generäle und Admiräle von Serbien und des Veteranenbundes Serbiens (SUBNOR) hat in Koordination mit dem Weltfriedensrat vom 22-23. März 2014 eine Internationale Konferenz “Globaler Frieden versus Globale Intervention und Imperialismus” durchgeführt.

Die Konferenz wurde anlässlich des 15. Jahrestages der bewaffneten NATO-Aggression gegen Serbien und Montenegro (die Föderale Republik von Jugoslawien) durchgeführt. Das Motto der Konferenz war “Nicht vergessen”.

Mehr als 500 Wissenschaftler, Experten und Personen des öffentlichen Lebens auf den Gebieten der internationalen Beziehungen und der Sicherheit aus 50 Ländern Europas und der Welt nahmen an dieser Konferenz teil.

Die Teilnehmer der Konferenz gedachten der Opfer des 78-tägigen Bombardements und legten an den Gedenkstätten Kränze nieder.

Sie ehrten all die Opfer der illegalen NATO Aggression gegen Serbien und Montenegro und drückten der früheren Jugoslawischen Volksarmee, der Föderalen Regierung, Präsident Slobodan Milosevic und allen heroischen Widerstandskämpfern ihren tiefen Respekt aus.

Wir gedachten auch der Opfer der NATO-Aggression seit 1999, der seither vor sich gehenden Verfolgung von politischen und militärischen Führungspersonlichkeiten, die ihr Land verteidigten und die, einschließlich ihres Präsidenten Milosevic zum illegalen Haager Tribunal geschickt wurden, sowie anderer, die dort starben. Da dieses Tribunal illegal ist und als Werkzeug der NATO Propaganda und politischen Diffamierung dient, forderten die Teilnehmer dessen Auflösung.

Die Debatte wurde in einem konstruktiven und toleranten Dialog geführt und berührte die bedeutendsten Aspekte und Probleme des

internationalen Friedens und der Sicherheit.

Die Vorträge waren im Wesentlichen der Frage gewidmet, wie man den globalen Frieden bewahren und Wege finden kann, den globalen Interventionalismus und die Destabilisierung von Ländern zu stoppen, die auf der ganzen Welt Krisen hervorrufen, die internationale Rechts- und politische Weltordnung unterminieren und die ganze Welt in eine große Konfrontation hineinzuziehen drohen.

Die Teilnehmer analysierten die Gründe und Konsequenzen der NATO-Aggression von 1999, nicht nur für Serbien und die Balkanländer, sondern auch deren globale Konsequenzen für den Frieden und die Sicherheit in Europa und der Welt. Die Teilnehmer kamen zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die NATO-Aggression gegen Serbien und Montenegro im März 1999 war gerichtet gegen einen unabhängigen, souveränen europäischen Staat und war eine grobe Verletzung fundamentaler Prinzipien des internationalen Rechts, vor allem der UNO-Charta und der Helsinki Schlussakte. Diese Aggression wurde ohne Zustimmung des UN Sicherheitsrates begangen. Sie ist demzufolge ein Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit und war der Beginn eines globalen Interventionismus, der Praxis einer groben Verletzung der internationalen Rechtsordnung und der Negierung der Rolle der UNO.

Folglich diente sie als Modell für Aggressionen in einer Reihe von anderen Ländern wie Afghanistan, dem Irak, Libyen, Mali und anderen.

Die führenden Westmächte, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, gefolgt von den anderen NATO- Mitgliedsländern, 19 in allem, haben sich ein ganz neues Arsenal von Euphemismen (Verhüllungen) ausgedacht, um diesem Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit das Attribut einer Legitimation zu verleihen. Die so genannte "humanitäre Intervention" war der Deckmantel für willkürliche Tötungen von Zivilpersonen in Serbien, einschließlich von Kindern, alten gebrechlichen Menschen, der Zerstörung der Wirtschaft, der Infrastruktur, einschließlich von Schulen, Krankenhäusern, Zügen und Wohnhäusern.

Der Gebrauch von Raketen mit Depleted Uranium, das aus Atomkraftwerken stammt, hat weitreichende Konsequenzen für die

Gesundheit der gegenwärtigen und folgenden Generationen.

Da dies ein Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit und eine grobe Verletzung der Grundbestimmungen des internationalen Rechts ist, tragen die NATO- Mitgliedstaaten die volle rechtliche Verantwortung, einschließlich der Haftung für den zugefügten Schaden von mehr als 100 Billionen US Dollar, als auch die Verantwortung für den Gebrauch von Waffen mit Depleted Uranium und anderen Massenvernichtungsmitteln. Serbien hat das Recht, Prozesse vor kompetenten internationalen Foren gegen die NATO und all deren Mitgliedsstaaten zu führen, die an der Aggression teilgenommen haben, für den Zweck, das Recht, für Serbien und Montenegro, eine Kompensation für erlittene Kriegsschäden einzuklagen, aber ebenso für Personen, die durch diese Aggression Schäden erlitten haben.

Die bewaffnete Aggression wurde mit anderen nicht militärischen Mitteln fortgesetzt. Das zeigte sich durch das gewaltsame Demonstrieren von Macht beim Coup am 5. Oktober 2000, der von den NATO-Mitgliedstaaten initiiert, finanziert und unterstützt wurde, indem mit allen Mitteln und Drohungen Serbiens Staatsouveränität in Kosovo Metohija, ihrem historischen, kulturellen und zivilisierten Herzstück, angeprangert wurde, als auch die UN Sicherheitsresolution 1244, die die Souveränität und territoriale Integrität von Serbien garantieren sollte, ignorierte.

Das hat im Jahre 2008 schließlich zu einer ungesetzlichen unilateralen Separation von Kosovo und Metohija geführt, welche zu einer formalen Anerkennung durch die meisten NATO- Mitgliedsländer führte. Die US/NATO Aggression hat die UNO Charta, die Deklaration der Prinzipien des Internationalen Rechts, die Helsinki Schlussakte, die Charta von Paris für ein neues Europa, die 5 Sicherheitsratsresolutionen von 1998 - 2008, einschließlich der Resolutionen 1244 und 1785 grob missachtet.

Gleich nach dem Ende der Aggression wurde in Kosovo und Metohija ein großer US-Militärstützpunkt "Camp Bondsteel" geschaffen, der erste und bedeutendste in einer Reihe von anderen US-Stützpunkten in Bulgarien, Rumänien, Polen, in Tschechien und anderen osteuropäischen Ländern. Durch die NATO Aggression gegen Jugoslawien wurde der Rüstungswettlauf und die Mili-

tarisierung Europas vorangetrieben und die Annahme einer US/NATO/EU Strategie der "Ostexpansion".

Die Aggression gegen Serbien und Montenegro (FRJ), die im März 1999 begann, diente als Türöffner für einen globalen US/NATO/EU Interventionismus.

In der Praxis erklären die USA, die NATO und der Westen ihre militärische, oder anderweitige Einmischung damit, ihre ökonomischen und strategischen Interessen wahrzunehmen. Dass sie legal gewählte Regierungen stürzen und sie durch handverlesene Pupp-Regime ersetzen, ist zu einem Teil ihres so genannten "Demokratisierungsprozesses" geworden.

Die NATO hat immer als aggressive Militärallianz operiert, der der Expansion und den neo-kolonialen Interessen der führenden Westmächte diente.

Die NATO-Strategie eines globalen Interventionismus hat ein Chaos in den internationalen Beziehungen, gigantische menschliche Tragödien, Teilungen, lang währendes Elend und Verzweiflung in allen Ländern und Regionen hinterlassen, die unmittelbare Opfer einer solchen Politik wurden.

Die NATO ist verantwortlich für die Zerstörung der internationalen Ordnung, für die Degradierung der UNO, das Initiieren eines neuen Rüstungswettlaufes, der Militarisierung Europas, die Destabilisierung, einschließlich von Krisen in verschiedenen Ländern und Regionen überall auf der Welt. Aus diesem Grunde richtet sich die NATO-Strategie gegen die Ziele von Frieden und Sicherheit, widerspricht den demokratischen und zivilisatorischen Werten und greift fundamentale Menschenrechte an. In einer solchen Allianz ist kein Platz für friedliche Länder, die ihre Interessen in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht und dem UN-System wahrnehmen.

Aus diesem Grunde plädierten die Teilnehmer der Konferenz für die Auflösung der NATO als einem Relikt des Kalten Krieges, gegen eine Politik des Interventionismus, für den Respekt von Freiheit, Unabhängigkeit und Gleichheit von allen Ländern und Nationen.

Der Export von Demokratie und das Diktieren kultureller und zivilisatorischer Vorbilder ist das Aushängeschild des gemeinsamen

Handelns aller Westmächte, besonders der USA, geworden, indem sie der Welt ihre eigenen Standards zum Nutzen ihrer eigenen Interessen aufzwingen wollen. Dieses Aufdrängen von solchen kulturellen und zivilisatorischen Vorbildern ist ein Akt der Gewalt, der zu ständigen Konflikten, innerer Unordnung und tiefen Zerwürfnissen führt; all dies unterminiert den Frieden in der Welt und dient als eine perfekte Entschuldigung für ein militärisches Eingreifen von außen. Dieses Modell hatte die so genannten "bunten Revolutionen" in Georgien, Venezuela und der Ukraine hervorgerufen und die so initiierte Revolution des "Arabischen Frühlings", der die Uhr für solche Länder wie Libyen, Ägypten und Syrien um Jahrzehnte zurückdrehte.

Die Strategie des Interventionismus schließt verschiedene Motive ein und dient verschiedenen Zwecken. Sie schließt die Kontrolle über die Natur- und Entwicklungsressourcen, die Besitznahme der Ressourcen, die geopolitische Umgestaltung der Welt auf Kosten des vorbestimmten geopolitischen Hauptwidersachers ein.

Aus diesem Grunde haben die USA/NATO/EU die Krise in der Krim hervorgerufen, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Man kann sagen, dass die Krise in der Ukraine die größte Kriegsbedrohung seit dem 2. Weltkrieg ist.

Statt die natürlichen Beziehungen der Ukraine zwischen Russland und Europa anzuerkennen, entschloss sich der Westen, zu intervenieren, indem er sie von ihrem natürlichen kulturellen, zivilisatorischen und geopolitischen Umfeld wegführte und sie westwärts trieb.

Durch diese Handlungsweise beachtete der Westen nicht, dass dies alles zu einem inneren Konflikt in der Ukraine führen und Russlands vitale Interessen berühren könnte.

Diese gefährliche geopolitische Spiel wurde von Amerika, der NATO und der EU gegen Russland gespielt in Form eines Stellvertreterkrieges auf Kosten der Ukraine und unter einer "feinen" aber falschen Entschuldigung, dass man sich für die Interessen der Ukrainer und deren demokratischen und sozialen Struktur eingesetzt habe, die sich aber in Wirklichkeit gegen die Interessen der Ukraine richtet, deren Menschen, den Frieden und die Sicherheit in Europa und in der Welt. Die Teilnehmer der Konferenz traten für eine fried-

liche politische Lösung ein, frei von Einmischung und äußerem Druck, einer Lösung, wo der Wille der Bevölkerung Berücksichtigung findet und deren Rolle als Brücke zwischen Ost und West respektiert.

Eine solche Lösung schließt eine Absage an die schädliche "Ostexpansion" ein, welche bereits zu einer Destabilisierung in Europa geführt hat.

Die Teilnehmer drückten ihre Befriedigung darüber aus, dass die Menschen auf der Krim das Recht auf Selbstbestimmung wahrgenommen haben, welches in der Wiedervereinigung mit Russland endete.

Die Teilnehmer der Konferenz brachten ihre volle Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität von Serbien zum Ausdruck, einschließlich der Resolution zur Frage von Kosovo und Metohija auf der Grundlage der UN-Sicherheitsresolution von 1244. Sie unterstützten die folgenden Forderungen: die freie, sichere und würdevolle Rückkehr von

250 000 vertriebenen Serben und Nichtalbanern in ihre Wohnstätten im Kosovo und Metohija; die Rückgabe des gestohlenen privaten, kirchlichen staatlichen und sozialen Eigentums; die Wiedererrichtung von 150 zerstörten Kirchen und Klöstern der Serbisch Orthodoxen Kirche, der Hunderten von geschändeten und vernichteten serbischen Friedhöfe und der Tausenden von niedergebrannten serbischen Wohnhäuser; die Durchführung einer effektiven Untersuchung des Handels mit menschlichen Organen; die Nachforschung zum Schicksal all der entführten und vermissten Serben von Kosovo und Metohija; die Identifizierung und juristische Verfolgung der Verbrecher und aller Verbrechen, die gegen die Serben in Kosovo und Metohija begangen wurden und für die sich bisher niemand verantwortlich gefunden hat und die für schuldig Befundenen allein gelassen hat.

Die Teilnehmer der Konferenz begrüßten die wertvolle Initiative der UNO Generalversammlung, die 2014 zum Internationalen Jahr der Solidarität mit dem Menschen von Palästina erklärte.

Sie unterstrichen, dass diese Initiative eine große Unterstützung der Weltfriedenskräfte verdiene und die Konferenz brachte ihre Forderung nach der sofortigen Vertreibung der israelischen Okkupati-

onstruppen von allen palästinensischen Territorien, der Errichtung eines unabhängigen Staates Palästina innerhalb der Grenzen vom Juli 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt, dem Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge, das auf der UN Resolution von 194 basiert und der Freilassung aller palästinensischen Gefangenen aus dem Gefängnis zum Ausdruck. Die Erfüllung aller dieser Forderungen ist von vitalem Interesse für die palästinensischen Menschen und für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten.

Die Teilnehmer haben ihre Solidarität mit den Menschen von Lateinamerika zum Ausdruck gebracht und ihrer Bemühungen nach Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität gegenüber der aggressiven imperialen US- Strategie. Sie fordern die Schließung des Militärstützpunktes in Guantanamo, die Aufhebung der Blockade gegenüber Kuba und die Freilassung der 5 kubanischen politischen Gefangenen aus amerikanischen Gefängnissen.

Indem sie die Politik und die Aktionen, die den Frieden und die Sicherheit bedrohen, anprangerten, haben die Teilnehmer der Konferenz die Pläne und Aktionen, die auf die Destabilisierung der Bolivarischen Republik von Venezuela gerichtet sind, zurückgewiesen. Koordinierte gewaltsame Aktionen in Caracas und anderen Teilen von Venezuela sind Teile der Strategie der lokalen Oligarchen und ausländischen Akteure, die darauf gerichtet sind, das Funktionieren der legitim gewählten Regierung durch Sabotage, gewaltsame Provokationen und Diffamierungen zu behindern, sowie politische Umstürze nach ihrem Sinne, gegen die Interessen der venezolanischen Bevölkerung zu inszenieren.

Indem sie diese Versuche verurteilten, haben die Teilnehmer der Konferenz ihre Solidarität mit dem venezolanischen Volk zum Ausdruck gebracht. Sie unterstützen deren mutige Anstrengungen, Freiheit, Stolz und die Souveränität Venezuelas zu bewahren, sowie ihren Wunsch, über ihre eigene Zukunft selbst zu bestimmen.

Die Teilnehmer brachten ihre Sorge über die systematisch organisierte Revision der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die teilweise Revision der Ergebnisse des 1. und 2. Weltkrieges, zum Ausdruck.

Das könnte den Imperialisten dazu dienen, die internationalen Grenzen in Frage zu stellen, was zu unvorhersehbaren Konsequenzen führen könnte.

Wir verurteilen die westlich geförderte Rehabilitierung des Faschismus und deren Versuche, den Kommunismus mit dem Nazismus gleichzusetzen.

Die Teilnehmer der Konferenz widmeten der globalen ökonomischen kapitalistischen Krise große Aufmerksamkeit, die nicht nur zu einer beispiellosen sozialen Schichtenbildung und Verarmung der Gesamtbevölkerung, aber auch zu künstlich hervorgerufenen Schuldenkrisen in einer Zahl von vorher wirtschaftlich sehr wohlhabenden Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien und Zypern geführt hat. Die globale Krise brach vorwiegend in Ländern aus, die sich zu Zentren der globalen Zivilisation und der weit entwickeltsten Sozialordnung erklärt hatten und in denen keine Notwendigkeit für ernsthafte soziale Konflikte und Zusammenstöße bestand. Die grundlegenden Indikatoren für diese Krise waren hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, eine hohe Verschuldung dieser Länder, der Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten u. a. Wir unterstützen die wirklichen Volksproteste gegen das oben Gesagte.

Es ist offensichtlich, dass Europa und der Mehrzahl der Länder der Welt neo-liberale kulturelle, politische und ökonomische Strukturen aufgedrängt werden, die nicht funktionieren.

Bei der Suche nach einem Weg aus diesem universellen toten Loch versuchen die mächtigsten Länder, die Last der Krise anderen Ländern und Nationen aufzubürden, die selbige als "globale Peripherie" bezeichnen, während sie selbst in der Zwischenzeit den Kampf für ihr globales Prestige zu gewinnen trachten und dabei alte Zivilisationen niedertrampeln und gewaltsam unsympathische herrschende Regierungen stürzen.

All das oben Aufgezeigte macht die Konfliktmerkmale in der internationalen Arena deutlich und ist außerordentlich charakteristisch für alle Arten von Konflikten, einschließlich interner, regionaler und globaler Konflikte.

Die Teilnehmer der Konferenz stellten mit Sorge fest, dass es in Europa noch US Infrastruktur gibt, wie das Raketenabwehrsys-

tem, taktische Nuklearwaffen und konventionelle Kräfte, die die regionale und globale Atmosphäre destabilisieren.

Die globale Wirtschaftskrise kann nicht beseitigt werden, indem man immer neue Trillionen von Dollar druckt und das existierende System damit schminkt. Sie kann nur beseitigt werden, indem das neo-liberale System überwunden und eine neue, humane Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, der Gleichheit und eines besseren Lebens für alle Menschen und Nationen auf diesem Planeten geschaffen wird. Bei diesem System der sozialen Beziehungen müssen die Menschen, ihre ökonomischen, sozialen, kulturellen und menschlichen Bedürfnisse beachtet werden, statt sich nach dem Profit und den Eigeninteressen der so genannten ökonomischen und politischen Eliten zu richten..

Ein Teil der Internationalen Konferenz war das Jugendforum, das feststellte, dass die globale Krise, die Globalisierung und der Interventionismus vor allem die Rechte und Perspektiven der jungen Generation bedroht. In zahlreichen Ländern, in Europa und der Welt, sind 30-60 % der jungen Menschen arbeitslos. Die Jugend fordert eine dringende Veränderung der sozialen und internationalen Beziehungen, die den jungen Menschen eine aktive Teilhabe auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet ermöglicht und ein Garant dafür ist, die Verantwortung für die eigene Zukunft national und international zu übernehmen.

Die Jugend tritt für eine sozial gerechte Gesellschaft, universale Menschenrechte, so z. B. das Recht auf Arbeit, kostenlose Bildung, soziale Sicherheit und Gesundheitsfürsorge, ein.

Die jungen Menschen befürworten eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen, den Respekt vor dem internationalen Recht, verurteilen den Rüstungswettlauf, die Militarisierung und den Neokolonialismus.

Nur eine Welt, die frei von der Dominanz des Imperialismus und Militarismus ist, hat eine Chance, eine Kriegskatastrophe zu verhindern. Die globale Wirtschaftskrise und ihre Konsequenzen unterstreichen die Notwendigkeit, dieses System zu überwinden, das Arbeitslosigkeit, Kriege und Elend hervorbringt. Es ist absolut inakzeptabel, dass das internationale Recht durch ein regionales Machtzentrum wie die NATO und die Europäische Union bestimmt

wird, die den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ersetzen wollen, sondern ganz im Gegenteil.

Die einzig wahre internationale Gemeinschaft ist die der Vereinten Nationen und nicht selbst ernannte Mitglieder irgendwelcher regionalen Gruppen. Wir müssen dafür kämpfen, den universalen Charakter des internationalen Rechts zu erhalten, der sowohl gegenüber den großen, als auch den kleinen Ländern, gleiche Verpflichtungen hat, gegenüber den entwickelten als auch den Entwicklungsländern. Wir haben noch resoluter dafür einzutreten, das zivilisatorische Erbe, wie Freiheit, Ethik und Würde zu bewahren und alle Ersatzstücke des kooperativen Kapitalismus und Imperialismus, praktiziert durch die Militär-Industrie und das Finanzkapital, zurückweisen.

Die Teilnehmer der Konferenz unterstrichen, dass zur Bewältigung der objektiven Erfordernisse ein aktives Engagement bei der Mobilisierung aller Friedenskräfte erforderlich ist, um jegliche militärische Eroberungsambitionen gegenüber jeglichem Land, ungeachtet seiner Führung, zurückzuweisen.

Parallel dazu ist es notwendig, alle Kräfte zu mobilisieren bei der Entwicklung demokratischer internationaler Beziehungen, die auf den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen basieren, den Bestimmungen des internationalen Rechts, der strikten Beachtung der Unantastbarkeit und Unabhängigkeit aller Staaten, ihrer territorialen Integrität und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Eine solche Welt würde gemessen werden an humanistischen Werten.

An diese große Utopie müssen wir glauben und für sie unermüdlich eintreten. Das ist die grundlegende Botschaft dieser Konferenz.

Die Teilnehmer der Konferenz drückten der serbischen Seite ihre große Anerkennung für die exzellente Durchführung der Internationalen Konferenz und die Gastfreundschaft gegenüber allen Teilnehmern aus.

Belgrad, 23. März 2014

Übersetzung: Brigitte Queck